

## **Wirtschaft und Umwelt gemeinsam denken**

Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

Die SPD Hamburg ist davon überzeugt, dass sich eine robuste Wirtschaft und eine gesunde Umwelt nicht ausschließen, sondern bedingen. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass die Freie und Hansestadt Hamburg sich besonders für einen starken Umweltschutz ausspricht, neue und regenerative Energien fördert und dabei die Wirtschaft unterstützt. Eine wohlhabende und einflussreiche Stadt wie Hamburg sollten beim Thema Klimaschutz und der Umgestaltung der Wertschöpfung eine Vorreiterrolle einnehmen und zu einem Modell werden, das von anderen kopiert wird. Das schafft auch die nachhaltigen Arbeitsplätze der Zukunft, sei es in Industrie, Verwaltung, Tourismus und Gewerbe. Um diese Ziele zu erreichen, spricht sich die SPD Hamburg insbesondere für folgende Punkte aus:

- Der Hamburger Hafen als überragend wichtiger Wirtschaftsfaktor der Stadt ist bis 2030 in einem geordneten und gesicherten Umfeld in eine klimaneutrale Funktionsweise zu geleiten.
- In einem ersten Schritt sind sämtliche Kreuzfahrtterminals bis Mitte 2021 mit Landstromanlagen auszustatten. Mit Wirkung zum 01. Januar 2022 sollten sämtliche Kreuzfahrtschiffe verpflichtet werden, während der Liegedauer im Hafen den Strom ausschließlich aus diesen Anlagen zu beziehen und zwar ohne Subventionierung durch Übernahme der EEG-Umlage durch Hamburg und den Bund.
- Gemeinsam mit den Häfen der Nord Range werden darüber hinaus Strategien entwickelt, wie Landstromanlagen auch im Bereich der Containerschifffahrt stärker etabliert werden können.
- Die Stadt Hamburg verpflichtet sich zudem, den Kohleausstieg zu beschleunigen und bis spätestens 2028 keinen Kohlestrom mehr zu nutzen.
- Das Hamburger Baurecht ist so anzupassen, dass Neubauten und nach Möglichkeit Bestandsbauten mit Solaranlagen und Begrünung auszurüsten sind.
- Die Stadt Hamburg verpflichtet sich dazu, seine städtischen Betriebe und Behörden schnellstmöglich klimaneutral arbeiten zu lassen. Das beinhaltet auch das Einführen von CO<sub>2</sub>-neutralem Antrieb für den städtischen Fuhrpark und die Stromversorgung.
- Im Stadtgebiet ist zur Sicherung des Baumbestandes und des Rufes von Hamburg als „Grüne Stadt“ bei der Begrünung und insbesondere bei der Baumbepflanzung eine positive Nettobilanz einzuhalten.
- Analog zur Landeszentrale für politische Bildung ist eine Landeszentrale für ökologische Bildung zu schaffen, deren Kernaufgabe darin besteht, die städtische Bevölkerung über ökologisch nachhaltige Maßnahmen zu informieren, an Schulen Bildungsarbeit über ökologische Nachhaltigkeit zu leisten und Konzepte zu diesen Themen zu entwickeln.
- Zur effektiven Bekämpfung der Umweltverschmutzung führt die Stadt Hamburg strenge Strafen insbesondere auf die Wasserverschmutzung durch Müllentsorgung in der Elbe ein und schafft neue Stellen für die Polizei mit dem Auftrag, diese Regeln zu überwachen. Alternativ kann die Stadt eine Art „Waste Watcher“-Programm schaffen, in dem Beamte des Ordnungsdienstes zur Überwachung der vorgenannten Probleme befugt werden.

- Entwickeln von Strategien zur Vermeidung von Müll auf öffentlichen Großveranstaltungen. Auch hier kann Hamburg als grüne Metropole mit gutem Beispiel vorangehen

Hamburg wird sich dafür einsetzen, dass die Schuldenbremse zugunsten eines Zukunftsinvestitionsprogrammes abgeschafft wird um sicherzustellen, dass wir nachfolgenden Generationen eine leistungsfähige Infrastruktur und eine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Dazu müssen staatliche Investitionen zukünftig wieder kreditfinanziert werden können.

Zusätzlich wird Hamburg die folgenden Bundesratsinitiativen auf den Weg bringen:

- Erhöhung der Erbschaftssteuer und Erneuerung der Vermögenssteuer für Vermögen und Erbschaften von 10 Millionen Euro und mehr
- Erhöhung des Einkommens-Spitzensteuersatzes auf 53%. Gleichzeitig soll der Spitzensteuersatz erst wesentlich später als derzeit zur Anwendung kommen, damit die Mittleren Einkommen nicht übermäßig besteuert werden
- Einführung einer wirksamen Besteuerung der in Deutschland erzielten Umsätze und 141 Gewinne der multinationalen Digitalkonzerne

### **Begründung:**

Die Stadt Hamburg muss Vorreiter in einer ökologischen bedrohten Welt sein. Als Weltstadt hat Hamburg die Verpflichtung, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen und seine wirtschaftlichen Standbeine dabei zu unterstützen, den Umbruch nachhaltig zu meistern. Die einzelnen Punkte sind dabei nicht abschließend, wenngleich Anhaltspunkte auf dem Weg zur wirtschaftlich-ökologischen Wende. In ihrer verbindlichen Ausgestaltung sollten diese nicht abgeschwächt werden, denn die Zeit ist knapp.

Insbesondere die Öffnung der Schuldenbremse ist ein zentraler Kernpunkt des zu erschaffenden Bürgerschaftswahlprogramms. Nur mit der Option städtischer Finanzierung ist eine ökologische Wende machbar. Dabei ist selbstverständlich zu bedenken, dass ein Staat kein Wirtschaftsunternehmen ist und entsprechend keinen konstanten Gewinn einfahren muss. Sich von dieser Idee zu entledigen ist von oberster Priorität.